

(Vizepräsident Schmidt)

(A)

Gewässer 2. Ordnung". Wer ist für den Änderungsantrag der Fraktion der CDU? - CDU, F.D.P. und GRÜNE. Wer ist dagegen? - Die SPD-Fraktion ist dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Antrag Nr. 2, GRÜNEN-Fraktion, Drucksache 11/6461! Kapitel 10 050, neuer Titel, Stichwort: Ökologischer Sonderfonds, Abfallvermeidung, Bodenschutz, Verwendung der Abfallabgabe. Wer ist für diesen Antrag? - Die Fraktion DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Mit den Stimmen der SPD-, der CDU- und der F.D.P.-Fraktion ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Einzelplan 10, und zwar entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/6410. Wer ist für die Beschlußempfehlung? - Die SPD-Fraktion! - Wer ist dagegen? - Danke schön. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN mit den Stimmen der SPD-Fraktion Annahme in zweiter Lesung.

Ich rufe Nummer 5 unserer Haushaltsplanberatungen auf:

(B)

Einzelplan 11: Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6411 und auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/6452.

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst das Wort der Frau Abgeordneten van Dinther für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

Abgeordnete van Dinther (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nicht viel Neues ist zum Haushalt der Frauenministerin zu sagen. Es ist und bleibt ein Miniressort mit Minizuständigkeiten. Der Verweis auf die Querschnittsaufgabe der Frauenpolitik täuscht über die Ungleichverteilung der Aufgaben in den einzelnen Ministerien nicht hinweg.

(C)

Aber ein paar positive Hinweise zum Anfang. So wird das Netz der Frauenhäuser in Nordrhein-Westfalen 1994 wohl geschlossen werden können. Auch die Zitterpartie der Frauenberatungsstellen wird 1994 vermieden, da die Personalkostensteigerungen im Haushalt eingeplant sind. Da Positives ja auch benannt werden sollte, will ich das nicht verschweigen.

(Zustimmung bei der SPD)

Kritik muß ich aber an den bei Ihnen kaum zu erkennenden Bemühungen, Kosten einzusparen, äußern. Nun können Sie ja sagen, daß bei einem 21-Millionen-Haushalt mit fast 10 Millionen DM Personal- und Sachkosten halt nicht viel einzusparen wäre. Doch wir meinen, in Zeiten wie dieser muß die Ausgabe jeder einzelnen Mark auf Sinnhaftigkeit hin überprüft werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Da finden wir eben auch in Ihrem Haushalt Positionen, die in diesen Zeiten verzichtbar sind. Ich werde gleich einige Beispiele nennen.

Da ist zum Beispiel der Etat für Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichungen. 710 000 DM sollen dafür 1994 ausgegeben werden, ebensoviel wie 1993. Im Vergleich mit den anderen Ministerien wird da nicht gerade sparsam mit dem Geld umgegangen. Allein für die Öffentlichkeitsarbeit sind im Frauenhaushalt 1994 250 000 DM eingeplant.

(D)

Das riesige MAGS dagegen sieht dafür nur 174 000 DM vor, bei einem Gesamtetat von 6,7 Milliarden DM. Oder das Innenministerium verplant in diesen Bereichen 159 000 DM, bei einem Gesamtetat von 5,1 Milliarden DM.

(Zuruf der Ministerin Ridder-Melchers)

Auch bei den Modellen und innovativen Maßnahmen müßten Sie, meinen wir, besser vorbereiten, besser prüfen, besser planen. Ob zum Beispiel Selbstverteidigung und Selbstbehauptung von Frauen nicht auch von Sportvereinen und Judoclubs im Lande gemacht werden könnte, stellen wir zumindest einmal in Frage. Wir meinen, daß das nicht unbedingt als Projekt

(van Dinther [CDU])

(A)

des Frauenministeriums mit Landesmitteln bezahlt werden muß, jedenfalls nicht in diesen Zeiten.

(Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Was heißt "in diesen Zeiten"?)

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr fördert das Frauenministerium ein Modell "Tagespflege". Die CDU hatte in den vergangenen Jahren Anträge zu solchen Projekten gestellt und abgelehnt bekommen. So haben wir uns eigentlich gefreut, daß in diesem Jahr mit diesem Modellprojekt angefangen wurde. Der Landtag hat ja auch mit großer Mehrheit die Tagespflege als eine Betreuungsform, die insbesondere zur Betreuung von Kindern bis zu drei Jahren und Schulkindern geeignet ist, erkannt und hat einstimmig der Landesregierung einen Auftrag erteilt, auf dessen Ausführung wir allerdings noch warten.

Als junge Mutter, die selbst täglich mit der Frage der Betreuung kleiner Kinder beschäftigt ist, habe ich in den vergangenen Jahren ständig mit den Initiativen im Tagespflegebereich Kontakt gehalten, die es in unserem Land gibt. So bin ich vor kurzem mit zwei Fraktionskollegen losgefahren und habe ein Treffen mit den Duisburger Tagesmütter-Initiativen veranstaltet, um unter anderem auch etwas über das vom Land mitfinanzierte Tagespflegemodell zu erfahren.

(B)

Sehr erstaunt waren wir darüber, daß die beiden anwesenden Tagesmütter, die am Modell teilnehmen, uns erklärten, sie hätten Weisung, über dieses Modell nichts zu berichten. Obwohl wir einen Bericht der Frauenzeitschrift "Brigitte" vorlegen konnten, der recht ausführlich über das Modell informierte, und wir in aller Bescheidenheit darauf hinwiesen, daß wir doch als Abgeordnete durchaus ein begründbares Informationsrecht hätten, konnten wir diese Damen nicht dazu bewegen, etwas zu verraten.

Dafür aber berichteten die anderen Tagesmütter. Wütend und enttäuscht seien sie vom Modell. Es sei aus dem Boden gestampft, schlecht vorbereitet; das Konzept sei von vornherein zum Scheitern verurteilt, da die Rahmenbedingungen sich nicht an der Realität orientierten. Für sie, die Initiativen der Tagesmütter, habe sich nichts verändert. Weiterhin würde das Jugendamt weder bei der Vermittlung oder Organisation von Springerdiensten helfen, ganz zu schweigen

(C)

von der Schulung oder Weiterbildung der Tagesmütter oder bei der Lösung so praktischer Fragen wie Haftpflichtversicherungen oder einer Mini-Sozialversicherungslösung für die übrigen Tagesmütter in Duisburg. Selbst die Benutzung von Räumen, wo sich Kinder, Eltern und Tagesmütter treffen könnten, mache in Duisburg Probleme. Mit viel öffentlichen Geldern würden in Duisburg drei Tagesmütter und eine Projektleiterin finanziert, doch dies führe leider nicht zur Problemlösung.

Da muß ich aus meinen Erkenntnissen im Land sagen: Viele Initiativen, die ich vor Ort kennengelernt habe, die teilweise vom Jugendamt unterstützt werden, teilweise auch allein arbeiten, sind schon viel, viel weiter. Sie können sich das in Münster, in Essen, in Meschede, in Arnsberg ansehen. Dort laufen Modelle, die wirklich als modellhaft bezeichnet werden können.

So komme ich jetzt zurück zum Haushalt. Denn in einem solchen Fall muß ich fragen: Was soll ein solches Modell? Da hat doch anscheinend niemand ein Konzept geprüft, bevor dafür öffentliche Gelder eingesetzt werden. Dies ist eine Politik, die sich nicht an der Sache und auch nicht an den Problemlösungen orientiert, sondern allenfalls dazu nützt, einen schönen Presseartikel zu verfassen und den Frauen im Land vorzugaukeln, daß Tagespflege in Nordrhein-Westfalen im Goldrahmen zu haben wäre.

(D)

(Widerspruch bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Alle, insbesondere die Kolleginnen und Kollegen im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie, wissen, daß genau das Gegenteil davon in Nordrhein-Westfalen Realität ist.

Für uns wäre es schon ein Fortschritt, wenn wir für die Tagespflege, Fort- und Weiterbildung, Haftpflichtversicherung und Organisation von Springerdiensten oder vielleicht auch eine Minisozialversicherungspflicht der Tagesmütter hinkämen. Landesmittel zur Finanzierung der Personalkosten von Tagesmüttern sind für uns schon wirklich ein Traum. Daß wir das in Nordrhein-Westfalen umsetzen können, glaube ich nicht.

(van Dinther [CDU])

(A)

Ich rege also wirklich dringend an, bevor weitere solche Projekte gestartet werden, sich wirklich mit den Betroffenen und den Kolleginnen und Kollegen der anderen Ausschüsse, vielleicht auch mit den Kommunalpolitikern darüber zu unterhalten, was wirklich machbar ist.

Ein Wort will ich noch darüber verlieren, daß trotz Bundesverfassungsgerichtsurteil die Mittel für Beratungsdienste, in Schwangerschaftskonfliktfällen auf dem Betrag von 1993 festgeschrieben wurden. Ich hoffe, daß das Land, seinen Verpflichtungen, die sich aus dem Karlsruher Urteil ergeben, nachkommt und für die Zukunft ein akzeptables Konzept vorlegt.

Das wird auf jedem Fall nicht zum Nulltarif zu haben sein. Aber in einem Bereich, der zu diesem Themenkomplex dazugehört, haben Sie auch ein paar Millionen locker gemacht. Deshalb habe ich doch große Hoffnungen, daß Sie in Zukunft mehr Hilfe für schwangere Frauen in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU)

Zumindest habe ich die Hoffnung noch nicht aufgegeben.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Speth.

Abgeordnete Speth (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau van Dinther, Sie haben direkt mit starkem Tobak begonnen, und ich würde Ihnen auch gern direkt darauf antworten.

Für die Arbeit des Frauenministeriums - das ist in Übereinstimmung mit der Auffassung der SPD-Fraktion, und ich hatte bisher übrigens auch geglaubt, das sei große Übereinstimmung auch im Frauenausschuß -, ist es ganz wichtig ist, gerade in diesem

Bereich, der noch relativ neu ist, so etwas wie Modelle und modellhafte Erfahrungen zu machen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Der große Teil der Arbeit des Frauenministeriums besteht ja gerade darin, Modelle anzuregen oder aufzunehmen, die vor Ort entstanden sind, um sie zu prüfen, ob sie landesweit zu übertragen sind. Deshalb hat jedes Modell natürlich Fehlerquoten in sich. Das kann so sein. Es kommt aber darauf an, daß wir uns auch als Politikerinnen, die wir das ja auch kontrollieren müssen, diese Modelle vor Ort anschauen. Wir tun das als Arbeitskreis Frauenpolitik regelmäßig. Gerade in der letzten Woche waren wir in Bottrop und haben uns das Modell ZWAR angeschaut, also zwischen Arbeit und Ruhestand, das auf ältere Frauen gerichtet ist. Wir haben dort festgestellt, daß das Modell sehr gut läuft.

Sollte es Modelle geben - und die gibt es in der Tat -, die Fehler haben, dann ist es auch unsere Aufgabe das zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Das können wir im Ausschuß besprechen, und dann muß das Modell entsprechend verändert werden. Das sehe ich auch so. Aber daraus zu schließen, daß man der Ministerin Gelder wegnimmt, halte ich nun für ganz falsch.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Das würde auch der Frauenpolitik nicht guttun.

Ich halte es auch für falsch, gerade im Bereich Öffentlichkeitsarbeit etwas wegzunehmen, weil diese modellhaften Erfahrungen ja auch weitergegeben werden müssen. Wie sollen wir das denn ohne Öffentlichkeitsarbeit machen? Im Gegenteil: Ich glaube, daß in dem Bereich die Mittel noch zu gering sind.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber Sie sind ja an der Stelle auch zufrieden und haben deshalb keine höheren Mittel angefordert.

(Speth [SPD])

(A)

Was die Tagesmütter anbelangt, lassen Sie uns über die Erfahrungen sprechen. Ich habe mir jetzt aufgeschrieben: Das will ich sehen. Also ich werde mir vornehmen, das mit meinem Arbeitskreis anzuschauen. Ich finde, dann sollten wir darüber reden. Sollte es zutreffen, daß es dort Fehler gibt, dann muß man sie beseitigen. Aber Modelle dienen auch dazu, Lücken zu entdecken, um sie dann zu korrigieren. Ich sage Ihnen eines: Es ist nie gut, Modelle nur von oben herab am grünen Tisch zu planen, sondern es geht immer nur zusammen mit den Betroffenen. Ich denke, daß die Frauenministerin so viele Gespräche führt, daß sie auch ihre Erfahrungen bei der Korrektur der Modelle miteinbezieht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Frauenpolitik hat in Nordrhein-Westfalen hohe Priorität. Das kommt auch in diesem Haushalt zum Ausdruck. Im Einzelplan 11 sind nicht nur die Landesmittel für die Frauenpolitik im engeren Sinne ausgewiesen, sondern in der Beilage 2 zu diesem Einzelplan gibt es eine Übersicht über die frauenpolitischen Leistungen in anderen Ressorts. Das weist aus, daß Frauenpolitik - das wollten wir immer so sehen - eine Querschnittsaufgabe ist.

(B)

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Das macht allerdings manchmal Haushaltsberatungen im Frauenausschuß schwierig, weil es selbstverständlich nicht nur um die Beratung zum Einzelplan 11 geht, sondern auch um andere Haushalte, z. B. MAGS, Kultusministerium, Wirtschaft, um nur einige zu nennen.

Manchmal kommt es zugegebenermaßen zu Grenzfällen. Aber es ist nun einmal so, denke ich, daß wir uns in andere Haushalte einmischen und daß man dabei allerdings auch, glaube ich wenigstens, einige Unschärfen in Kauf nehmen muß.

Auffallend ist aus meiner Sicht, daß sich die Facharbeitskreise und Fachausschüsse zunehmend aus Eigeninitiative frauenpolitischen Themen widmen und auch, ab und zu wenigstens, die entsprechenden Mittel reservieren. Das tun Sie übrigens manchmal, ohne uns zu fragen. Ich halte das für richtig. Heute haben

wir übrigens dafür ein Beispiel gehört; das war im Sportausschuß. Da ging es um Mädchen und Sport. Dazu hat es Anhörungen, aber auch reservierte Mittel für den Bereich gegeben. Ich finde es richtig und in Ordnung, daß die Kolleginnen und Kollegen aus dem Sportausschuß das so tun.

(Beifall bei der SPD)

Für 1994 ist im Regierungsentwurf im Einzelplan 11 für das Frauenministerium insgesamt ein Betrag von 21,3 Millionen DM veranschlagt. Wenn man das einmal auf den Gesamthaushalt umrechnet, dann ist das ein Promilleanteil. Ich denke, daß muß man so deutlich sagen. Allerdings ist dieser Betrag vom Beginn dieser Legislaturperiode an auf ein Dreifaches gestiegen. Aber auch dieser verdreifachte Ansatz ist für die Arbeit des Gleichstellungsministeriums und damit auch für unsere Arbeit nur ein Bruchteil dessen, was wir für die Verbesserung der Situation von Frauen in unserem Land aufwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wichtig für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind die 25 000 Plätze im Kindergartenbereich für 1994. Das hat einen Umfang von 1,5 Milliarden DM. Wichtig ist der Ansatz für die Förderung der Regionalstellen "Frau und Beruf" im Einzelplan des Wirtschaftsministers, die ja gesichert und noch weiter ausgebaut werden sollen.

(Abgeordnete Hürten [GRÜNE]: Die sind immer noch befristet! - Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Wichtig ist ebenfalls, daß im Bereich Wohnungsbau und im Bereich Altenpolitik besondere Anstrengungen vorgenommen werden. Hiervon profitieren besonders Frauen, weil sie in den Zielgruppen dieser Maßnahmen überdurchschnittlich vertreten sind. Und das ist auch richtig.

Das sind einige Beispiele, die deutlich machen, daß die finanziellen Anstrengungen des Landes in einer angespannten Haushaltslage den Frauen zugute kommen. Angesichts der dramatisch verschlechterten Situation des Landes haben wir uns bei dem Regierungsentwurf selbst zunächst einmal positiv geäußert,

(C)

(D)

(Speth [SPD])

(A)

weil der Finanzminister mit diesem Haushalt, was die globalen Minderausgaben anbelangt, ausgesprochen gnädig umgegangen ist. Dafür könnte man sich auch einmal bedanken. Ich tue das hiermit.

(Zustimmung bei der SPD)

Und es ist noch mehr geschehen. Die Landesregierung hat von sich aus die Geldmittel für fünf weitere Frauenhäuser direkt in ihren Entwurf eingeschrieben. Das finde ich auch eine schöne Sache.

(Beifall bei der SPD)

Nun sind wir Frauen natürlich nie zufrieden. Deshalb haben wir über unsere Fraktion noch Korrekturen in einigen Bereichen für notwendig gehalten:

Erstens: Das Wiedereingliederungsprogramm für Berufsrückkehrerinnen nach einer Familienphase wird mit neuen verbesserten Richtlinien fortgesetzt. Mit einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500 000 DM soll die Planungssicherheit insbesondere für kleinere Träger verbessert werden.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus und Morawietz [SPD])

(B)

Wir wissen, daß das wichtig ist, denn das sind die Träger, die es, weil sie nicht über einen großen Apparat verfügen, nicht so leicht haben, sich ständig auf eine veränderte Situation einzustellen. Deshalb war uns das sehr wichtig.

Zweitens: Im Hinblick auf die Bedeutung der Arbeit von Frauenberatungsstellen haben wir im Nachtragshaushalt für 1993 schon nachgebessert, damit die 85%ige Förderung wieder hergestellt wurde. Das gibt Sicherheit für die Frauenberatungsstellen vor Ort. Aber wir mußten auch beim Entwurf 1994 noch einmal nachbessern, damit die 85%ige Förderung auch für das Jahr 1994 gesichert wird.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Das ist uns gelungen; darüber freue ich mich ganz besonders.

Unser Ziel muß es sein, Gewalt und Unterdrückung von Frauen und Kindern zu beseitigen. Eine fundierte Beratung durch ausgebildete Fachleute und Hilfe zur Selbsthilfe ist das Mindeste, was wir für die betroffenen Frauen tun können.

(C)

Drittens: Erstmals soll 1994 die Arbeit der Mütterzentren in Nordrhein-Westfalen auf Landesebene gefördert werden.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus und Morawietz [SPD])

Der Betrag von 90 000 DM ist bescheiden; das geben wir zu. Aber es ist eine Anerkennung der Arbeit, die vor allem im ehrenamtlichen Bereich stattfindet, und, wie ich denke, für die Mütterzentren auch eine wichtige Ermutigung für ihre Arbeit.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus und Morawietz [SPD])

Viertens will ich nicht unerwähnt lassen, daß das Frauenkulturbüro Nordrhein-Westfalen in Krefeld mit weiteren 50 000 DM gefördert wird.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

(D)

Damit wird deutlich, daß das Frauenkulturbüro Nordrhein-Westfalen erfolgreich arbeitet und qualifiziert arbeitet, was sich nicht zuletzt an der Beteiligung an der TOP 93 erwiesen hat.

Gestatten Sie mir noch eine grundsätzliche Bemerkung. In allen gesellschaftlichen Bereichen können wir in den letzten Jahren eine erfreuliche Zunahme der Zahl von Frauen feststellen, die Verantwortung übernommen haben. Ich denke, daß hierbei einige Bereiche mit gutem Beispiel vorangegangen sind. Ich nenne die Politik; ich nenne die wachsende Zahl kommunaler Gleichstellungsstellen; die Frauenbeauftragten in allen möglichen Einrichtungen und nicht zuletzt die Arbeit des Frauenausschusses selbst und die Arbeit des Frauenministeriums.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

(Speth [SPD])

(A)

Alle haben ihren Beitrag dazu geleistet.

Fortschritte für Frauen werden nicht nur, aber auch durch Geld erreicht. Noch viel wichtiger ist aber die gerechte Beteiligung der Frauen an sozialen Chancen und gesellschaftlicher Macht. Die Bereitschaft, Frauen gerechter zu behandeln, hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Und dafür möchte ich allen, insbesondere auch den Männern, danken, und ganz besonders denen meiner Fraktion.

(Zustimmung der Abgeordneten Garbe, Rauterkus und Morawietz [SPD])

Wir haben nämlich entgegen den Aussagen von Frau Witteler-Koch gestern - sie hat den Begriff panegyrisch eingeführt - in unserer Fraktion hart und fair gekämpft und, wie Sie gesehen haben, mit großem Erfolg. Panegyrisch also ist das nicht. - Nun habe ich - das hat mir keine Ruhe gelassen - einmal nachgelesen, was panegyrisch überhaupt bedeutet. Es steht im Duden - der Duden ist da ja immer hervorragend -: "Das Panegyrikon ist ein liturgisches Buch der orthodoxen Kirche mit predigtartigen Lobreden auf die Heiligen." - Meine Damen und Herren, ich würde nie so weit gehen, unsere Minister und Ministerinnen als Heilige zu bezeichnen.

(B)

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Nur das, was wir für Frauen bewirkt haben, das lasse ich mir auch nicht als panegyrisch, sprich: Lobhudelei, entwerfen.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Ich lasse es mir nicht zerreden, weil dahinter eine ernsthafte Auseinandersetzung und ein schwerer Kampf um die Verteilung der knapperen Mittel steht. Es ist ein Erfolg, daß wir in unserer Fraktion etwas über 1 Million zusätzlich für Frauen bereitgestellt haben.

(Zustimmung der Abgeordneten Garbe, Fischer, Berger, Morawietz und Rauterkus [SPD])

(C)

Das finde ich gut, und da würde ich gerne weitermachen, würde aber abschließend gerne noch betonen, daß die Arbeit im Frauenausschuß eine gute Zusammenarbeit ist, und zwar über die Fraktionsgrenzen hinweg.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Daß es Unterschiedlichkeiten gibt, das nehmen wir alle in Kauf. Man muß sich an bestimmten Punkten auch streiten. Ich wünsche mir aber, daß auch bei den nächsten Haushaltsberatungen die Arbeit im Frauenausschuß so solidarisch ist, wie sie sich an vielen Punkten bewiesen hat. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Kollegin Speth. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Lanfermann das Wort.

(Zurufe von der SPD)

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe das Erschrecken dort auf der gegenüberliegenden Seite zur Kenntnis genommen,

(D)

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Erschrecken können Sie uns nicht, Herr Lanfermann!)

aber ich darf Sie beruhigen: Wir haben weder einen Ämtertausch vorgenommen noch bin ich auf dem Wege einer Umwandlung. Es ist ganz einfach zu erklären. Die Kollegin Ruth Witteler-Koch ist aus persönlichen Gründen jetzt nicht mehr anwesend; die Debatte hat sich ja leider doch sehr verzögert, und wir gehen schon in den Abend hinein. Ich habe es übernommen, sie hier zu vertreten. Das hat zum einen den Vorteil, daß es deswegen vielleicht nicht so lange dauert und ich nicht die ganze Redezeit brauche. Zum anderen hat es aber durchaus den Nachteil, daß ich selbstverständlich in den Einzelpunkten des Haushalts nicht so gut bewandert bin.

(Lanfermann [F.D.P.])

(A)

Einige grundsätzliche Anmerkungen möchte ich aber doch machen.

Ich werde übrigens der Kollegin Witteler-Koch ausrichten, daß Sie, Frau Kollegin Speth, sich darüber gefreut haben, daß sie dazu beitragen konnte, Ihren Bildungsschatz zu erweitern. Ich werde ihr mit den besten Grüßen auch das, was sie zum Schluß über die gute Zusammenarbeit ausgeführt haben, gern berichten.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Geben Sie ihr doch einfach das Protokoll! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ich fand es schon bemerkenswert, wie Sie versucht haben, über das Stichwort "Querschnittsaufgabe" und die etwas verniedlichende Beschreibung der Unschärfen aus einem kleinen Haushalt einen ganz großen zu machen. Sie hätten sich auch gleich die Hälfte dieses Milliardenpakets nehmen können, weil die Frauen ja bei den meisten Geldern, die ausgegeben werden, mindestens zur Hälfte betroffen sind, allerdings auch bei den meisten Schulden, die hier gemacht werden.

Sie haben selbst zu Recht gesagt: Eigentlich ist es ein ganz kleiner Haushalt, so Promille, also eigentlich null. Dann haben Sie aber gesagt, daß das schon verdreifacht worden sei. Da mußte ich an den Lehrsatz denken, daß dreimal null auch nur null ist.

(B)

(Abgeordneter Dr. Posdorf [CDU]: Allerdings!)

- Prof. Posdorf bestätigt mir das. Danke schön. Der muß es ja wissen.

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Abgeordneten Speth?

(Abgeordneter Lanfermann [F.D.P.]: Selbstverständlich!)

- Frau Speth, bitte.

(C)

Abgeordnete Speth (SPD): Herr Lanfermann, würden Sie mir zustimmen, daß dreimal 27 Millionen nicht null sind.

(Abgeordneter Dr. Posdorf [CDU]: Das stimmt auch!)

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Das ist richtig. Dreimal 7 sind 21. Jetzt sind es 21 Millionen DM - das war wahrscheinlich die Rechnung, die Sie im Kopf hatten.

Ich habe das mit den fast null oder Promille aufgegriffen, weil es in der Tat um eine ganz andere Fragestellung geht, die ich auch nicht verheimlichen will, nämlich darum, ob es wirklich Sinn macht, einen solchen Einzelplan zu diskutieren, ob es also auf gut deutsch überhaupt Sinn macht, dafür ein eigenes Ministerium zu unterhalten. Da kann ich allerdings nur wiederholen, daß die F.D.P. bei ihrer Meinung bleibt, daß dieses Ministerium schlichtweg aufgelöst gehört. Das heißt ja nicht, daß alles, was Sie machen, von vornherein sinnlos sein müßte. Aber es würde auch anderswo ganz gut erledigt werden.

Wenn Sie sich den Geschäftsverteilungsplan anschauen, wird noch einmal deutlich, was Sie als Querschnittsaufgabe bezeichnet haben. In Wirklichkeit ist es doch nur eine gewisse Arbeitsverschiebung, leider nicht nur hin oder her, sondern auch eine, die zur Verdoppelung der Arbeit führt. Stichworte wie "Familienpolitik", "Familienrecht", "Kinderbetreuung", "Jugendpolitik" kommen uns aus dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales bekannt vor.

(D)

Es würde ja noch Sinn machen, wenn man den Bereich, der dem Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie zugeordnet ist, aus dem MAGS in ein Ministerium herübergehen würde, das dann einen größeren Aufgabenbereich hätte. Dies wird offensichtlich weder von der Landesregierung gewollt noch von der Mehrheit der Mehrheitsfraktion so vehement gefordert, daß man der Sache näher käme. Ich will das nicht weiter beleuchten. Mir sind die Hintergründe dafür eigentlich auch gleichgültig.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

(Lanfermann [F.D.P.])

(A)

Im Ergebnis ist es so, daß wir ein Ministerium haben, das sich tatsächlich eher in Doppelarbeit betätigt, allerdings auch über einzelne Projekte und vor allen Dingen eine Zahl von Veröffentlichungen Politik zu gestalten versucht.

(Zuruf der Minister Ridder-Melchers)

- Ja, es ist aber leider so, daß viel Symbolpolitik dabei ist. Das ist ja auch der Grund dafür, Frau Ministerin, warum sich Ihr Ruf, Ihre Anerkennung, die Wahrnehmung Ihres Hauses doch mehr auf etwas linkere und feministischere Kreise beschränken und ansonsten noch nicht so weit zu den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes vorgebracht ist,

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Woraus ziehen Sie diesen Schluß, Herr Lanfermann? - Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Woher wollen Sie das wissen?)

daß dort wirklich etwas für die Zukunft auch der Frauen getan würde.

Wenn ich das einmal haben könnte, Achim Rohde, was du da gerade in der Hand hast. Ich habe nämlich vergessen, es zum Rednerpult mitzunehmen - mit Erlaubnis der Frau Präsidentin.

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Hier oben hat ein Wechsel stattgefunden.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.): Entschuldigung, Herr Präsident! Das ist das Problem bei diesem Tagesordnungspunkt; ich komme gleich noch darauf zurück.

(Heiterkeit bei und Zurufe von der SPD)

Tatsächlich ist es so: Das ganze Land besteht mittlerweile aus Modellprojekten. Das ist ja auch viel billiger, als wenn man in einem so großen Land tatsächlich etwas verändert. Und auch Sie haben sich da nahtlos eingereiht.

(C)

Meine Damen und Herren, ich will jetzt nicht mehr allzuviel sagen,

(Beifall bei der SPD)

außer daß wir alle auch bei diesem Einzelplan daran denken sollten, daß es Kernaufgaben - wir haben das an anderer Stelle schon gesagt - und freiwillige Aufgaben gibt. Es ist das gute Recht der Mehrheit, bestimmte Dinge, die sie politisch für sinnvoll hält, auch in Versuchen zu unternehmen; darum geht es überhaupt nicht. Aber man muß sich in Zeiten knapper Kassen natürlich fragen, was Priorität hat.

Da hat die Kollegin van Dinther zuletzt noch einen ganz wichtigen Punkt angesprochen. Wir wissen, daß wir aus dem Urteil aus Karlsruhe zum Schwangerschaftskonfliktrecht eine Verpflichtung gerade auch der Länder ablesen müssen, daß mehr Geld für Beratung zur Verfügung gestellt wird. Ein Kernstück der Reform des § 218 war die Verbesserung der Beratung, völlig unabhängig davon, wie man im einzelnen zu den Inhalten steht; darüber müssen wir noch fein, skriblerisch und ruhig diskutieren.

Auf jeden Fall soll eine bessere Qualität durch die Möglichkeit gegeben sein, Fachleute aus den verschiedensten Bereichen hinzuzuziehen. Es ist weiterhin so, daß ein flächendeckendes Netz gewährleistet sein soll, daß es pluralistisch sein soll. Das alles geht nicht ohne Geld. Das ist eine Verpflichtung, die nicht nur im Urteil steht, sondern die mit Sicherheit auch durch das Gesetz in Bonn festgeschrieben werden wird, wann immer es verabschiedet werden wird, ob noch vor oder nach der Bundestagswahl; das ist meiner Ansicht nach noch offen.

(D)

Das wird kein Punkt sein, an dem sich die Länder im Bundesrat verweigern werden, so daß ich sagen muß: Es reicht nicht, diesen Haushaltsansatz so zu belassen. Allerspätestens für 1995 wird das geändert werden müssen. Darauf wollte ich hinweisen. Dann werden wir schauen, wie sich die Sache auch im Vergleich zu anderen Ausgaben gestaltet.

Lassen Sie mich noch eines sagen - wir haben das schon angemahnt, angefangen bei den Ministerien; man kann da über viele Landesbehörden schon weitergehen -: Wenn dort eines der wichtigsten Anliegen

(Lanfermann [F.D.P.])

(A)

gerade auch der Frauen nicht erfüllt wird, nämlich ausreichende Betreuungsmöglichkeiten zu haben, dann ist das ein Manko in der praktischen Politik, das viel schwerer wiegt als all das, was Sie mit Worten, Broschüren, Symbolen oder auch Gesetzen - da sind wir ja zum Teil auch sehr unterschiedlicher Meinung - bewirken können. Da nun aber bald eine Entscheidung über das Frauenförderungsgesetz gefällt wird, die für Sie vielleicht etwas traurig ausfallen wird,

(Abgeordnete Speth [SPD]: Das glauben wir nicht!)

habe ich Ihnen von der Kollegin Witteler-Koch noch etwas mitgebracht; das kann sich auch zur Tradition entwickeln. Das ist ein kleines Buch mit dem Titel "Der Quotenmann". Als kurze Erläuterung - damit Sie auch alle daran teilhaben können - steht hinten auf dem Umschlag:

Verkehrte Welt. Ein ordentlicher Beamter verwandelt sich, weil die Routinebeförderung gefährdet ist, kurzerhand in eine Quotenfrau und erlebt sein blaues Wunder. Eine tiefgründige Komödie, erzählt mit bösem Spott und schwarzem Humor.

(B)

Wenn Sie es dann noch ertragen, daß wir den Haushalt ablehnen, Frau Ministerin, denke ich, werden wir trotzdem bald wieder etwas Gutes auch für die Frauen gemeinsam auf den Weg bringen. - Vielen Dank.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Rohde [F.D.P.] - Zuruf der Ministerin Ridder-Melchers)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Frau Kollegin Hürten für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, Frau Ridder-Melchers wird uns das Buch, nachdem sie es gelesen hat, einmal ausleihen. Das interessiert uns ja alle.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Vorweg wollte ich noch eine Bemerkung machen: Frau Speth, ich bedanke mich ausdrücklich dafür, daß Sie hier noch einmal bekräftigt haben, daß wir im Frauenausschuß die Haushaltsberatung quasi als Querschnittsberatung verstehen. Alles andere würde ich auch als einen Rückschritt betrachten.

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem: Auch ich kann nicht oft genug darauf hinweisen, daß der Haushalt der Gleichstellungsministerin diesmal wieder nach der Staatskanzlei der dünnste, mickerigste und kleinste ist. Meiner Meinung nach zeigt die Regierungsmehrheit damit, daß sie Männerpolitik machen will, eine Politik, die Männern mehr an gesellschaftlichem Reichtum, an Steuereinnahmen zuschanzt als Frauen. Heute morgen habe ich das auch am Beispiel des Wirtschaftsministeriums noch einmal deutlich gemacht.

(Widerspruch des Ministers Dr. Schnoor)

- Aber minimal! Wir haben das auch bei den anderen Ministerien durchgerechnet. Uns wird dazu ja auch eine Vorlage gegeben. Die Beispiele, die aus den anderen Haushalten und Ministerien kommen und Frauen begünstigen, bewegen sich wirklich immer unter ferner liefen.

(D)

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Beim Personalhaushalt des Kultusministers stimmt das z. B. nicht so ganz!)

Diese Politik ist aus unserer Sicht nicht nur diskriminierend, sondern auch nicht sachgerecht. Frauen sind ärmer, leben abhängiger, werden direkt und indirekt gegenüber Männern benachteiligt. Sachgerechte Politik müßte diese Benachteiligungen erkennen und bekämpfen.

Hat sich die SPD nicht - wie es Frau Speth eben betont hat - die Politik für die sozial Schwachen und die Frauen auf die Fahne geschrieben? - Bei den Haushaltsberatungen wird jedes Jahr von neuem deutlich, wie schwer es ist, das umzusetzen. Es geht im Schneckentempo vorwärts. Aber ich erkenne es an: Es geht zumindest ganz langsam vorwärts.

(Hürten [GRÜNE])

(A)

Vor der Kritik an der Landesregierung möchte ich die Gleichstellungsministerin persönlich ausnehmen: Wir GRÜNEN finden zwar, daß Sie zuwenig für die Frauen tun, Frau Ridder-Melchers, manchmal auch etwas Falsches. Sie versprechen viel und realisieren zu wenig. Aber Sie sorgen wie eine gute Hausfrau dafür, daß Sie mit den knappen Mitteln, die Ihnen zur Verfügung stehen, das Bestmögliche für Fraueninitiativen erreichen. Ich sehe es durchaus anders, als Frau van Dinther es eben dargelegt hat.

(Beifall der Abgeordneten Speth [SPD])

Die Frauenberatungsstellen - das ist hier schon mehrfach erwähnt worden - sind dankbar, daß sie vor dem finanziellen Ruin bewahrt werden. Auch das will ich hier positiv zu Protokoll geben.

Mit Vergnügen habe ich bei der Betrachtung Ihres Haushalt z. B. vermerkt, daß Ihr Beamtinnenteam an der persönlichen Bequemlichkeit spart und z. B. 5 000 DM für einen privaten Telefonanschluß der Staatssekretärin eingespart werden. Diese Mittel sollen in die Gleichstellungspolitik fließen.

Wenn ich solche Sorgsamkeit finde, kommt mir schon manchmal der Verdacht, daß Frauen vielleicht doch die besseren Menschen sein könnten.

(B)

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dieser Betrag, der nun verteilt wird, ist wirklich ganz winzig. Wir GRÜNEN wenden uns ganz entschieden gegen diese Hausfrauisierung der Frauenpolitik, daß sich eine Hausfrau etwas vom Munde absparen muß, um es ihren Kindern zukommen zu lassen.

Wir wollen eine Frauenpolitik, die an der Gleichberechtigung der Geschlechter orientiert ist, Gleichberechtigung auch bei der Verteilung von Steuermitteln. Es gibt dort Erbhöfe, auf denen völlig ungeniert fast alles den Männern zugesteckt wird. Wie gesagt: Das Wirtschaftsministerium gehört dazu.

Positiv möchte ich auch vermerken: Im Personalhaushalt der Gleichstellungsministerin funktioniert die Frauenförderung. Die Leitungspositionen sind im Gleichstellungsministerium überwiegend in Frauenhand. Das ist aktive Gleichstellungspolitik. Davon

(C)

müssen sich die anderen Ministerien wirklich dringend eine dicke Scheibe abschneiden.

Anhand des letzten Frauenförderberichtes läßt sich nämlich nachweisen, daß besonders Ministerpräsident Johannes Rau und auch sein möglicher Nachfolger, Herr Clement, keine halbwegs ebenbürtigen Frauen neben sich dulden. In der Staatskanzlei hat sich der Frauenanteil im höheren Dienst von 1990 nach 1991 um 3,5 % verringert und liegt jetzt bei ganzen 10 %. In den höchsten Besoldungsgruppen gibt es überhaupt keine Frauen. So beteiligt sich die Landesregierung am Backlash gegen die Frauenbewegung. Die SPD-Männer schlagen auch zurück.

Wir GRÜNEN haben einen alternativen Haushaltsentwurf vorgelegt, der rund 983 Millionen DM mehr für frauenpolitisch Sinnvolles umfaßt, und zwar durchaus nicht nur oder in erster Linie im Gleichstellungsministerium, sondern in allen Ministerien. Das Geld dafür wollen wir woanders einsparen. Mein Kollege Manfred Busch hat Deckungsvorschläge gemacht.

Diese frauenpolitisch relevanten Ausgabetitel sollen mittelfristig teilweise in den Haushalt des Gleichstellungsministerium überführt werden. Wir wollen es stärken. Hinzu kommt die Förderung nach Quotierung aller arbeitsmarktwirksamen Mittel. Frauen sollen mit mindestens der gleichen Summe gefördert werden wie Männer. Das ist kostenneutral und aus unserer Sicht gerecht.

(D)

GRÜNE Frauenhaushaltspolitik legt Wert darauf, autonome Frauengruppen neu und neu entstandene Initiativen zu fördern. Mit verhältnismäßig geringen Mitteln könnte hier Entscheidendes für die soziale Grundversorgung und die Emanzipation der Frauen getan werden. Die finanzielle Sicherung von Frauenberatungsstellen hilft beispielsweise, psychosomatische Krankheiten zu verhindern und fördert die Eigenständigkeit von Frauen.

Die Unterstützung der Hurengruppe Madonna soll dazu beitragen, Gewalt und Drogenprostitution einzudämmen, Prostituierte bei der selbständigen Gestaltung ihres Lebens oder beim Ausstieg aus der Prostitution zu unterstützen.

(Hürten [GRÜNE])

(A)

Wir bedauern es, daß dieser Antrag im Ausschuß abgelehnt worden ist. Ich hoffe, es kommt nicht dazu, daß Madonna als die einzige Prostituiertenselbsthilfegruppe, die es in Nordrhein-Westfalen noch gibt, im nächsten Jahr eingeht.

Einige der GRÜNEN-Forderungen sollen schlicht der Gerechtigkeit auf die Sprünge helfen: Schwulengruppen werden vom Land finanziell unterstützt, Lesbengruppen nicht. - Wir GRÜNEN fordern hier Gleichstellung.

Oder: Zu einem flächendeckenden Angebot an Schwangerschaftsberatungsstellen - das ist schon mehrfach gesagt worden - ist die Landesregierung gesetzlich verpflichtet. Sie ignoriert jedoch dieses Gebot und läßt dabei PRO FAMILIA finanziell ausbluten.

Frau Ridder-Melchers, ich bitte Sie: Greifen Sie doch wenigstens dort ein, wo die Kommunen Ihre finanzielle Unterstützung zurückziehen, bevor PRO FAMILIA dieses Feld aufgeben muß. Es gibt in vielen Kommunen wirklich diesen Rückzug. PRO FAMILIA steht in diesen Städten vor dem Ruin. Ich bitte Sie: Greifen Sie ein!

(B)

Weiter zu den Schwangerschaftsabbrüchen: In der letzten Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik stimmte die Regierungsmehrheit den GRÜNEN-Antrag zur finanziellen Absicherung von Schwangerschaftsabbrüchen kommentarlos nieder.

Mit diesem Fonds - vorerst mit 6 Millionen DM gefüllt - wollten GRÜNE einem größeren Kreis von Frauen die Finanzierung einer Abtreibung über die Sozialhilfe ermöglichen. Eineinhalb Wochen später verbreitet Frau Ridder-Melchers eine Pressemeldung, sie habe ebenfalls diese Absicht, wenn auch auf einem etwas niedrigeren Niveau.

Ich begrüße das. Aber sagen Sie doch bitte gleich, Frau Ridder-Melchers, woher Sie die notwendigen Mittel beschaffen.

Ein Haushaltsantrag der SPD liegt dazu nicht vor. Wir dürfen also raten: Traute sich die SPD nicht, unserem Antrag zuzustimmen, obwohl er dasselbe

(C)

Ziel verfolgt? Macht die Landesregierung Versprechungen, ohne die Mittel zur Verfügung zu stellen? Gibt es in Kürze einen Nachtragshaushalt? Oder handelt es sich um eine völlig unverbindliche Absichtserklärung? Es mag auch sein, daß ich es in der Papierflut übersehen habe; das kann ja einmal passieren.

In dieses Landtagsplenum bringen wir heute einen Antrag ein, der sich ebenfalls nahtlos in SPD-Politik einfügen würde, wenn, ja, wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, über Ihren Schatten springen könnten. Wir wollen Handwerkerinneninitiativen gefördert sehen, zunächst die Kölner Initiative als Projektförderung. Das Handwerkerinnenhaus Köln will mit den beantragten, verhältnismäßig geringen Mitteln Schnupperkurse für Mädchen fördern. Die Mädchen werden dort durch das Vorbild einer Meisterin motiviert. Sie können in dem Handwerkerinnenhaus, ohne von Jungen gestört zu werden, Handwerksberufe kennenlernen und praktisch erproben.

Die Nachfrage, insbesondere von den Schulen in Köln, ist sehr groß und steigt ständig. Für die Kurse erhalten die Mitglieder des Handwerkerinnenhauses bisher noch keine angemessenen Löhne. Auch für den Verein sind diese Kurse ein Zuschußgeschäft. Das Handwerkerinnenhaus finanziert sich über Spenden, Beiträge, gemeinnützige Aufträge, Arbeitsbeschaffungs- und "Arbeit statt Sozialhilfe"-maßnahmen. Die meisten davon laufen 1994 aus. Sie alle wissen, daß es nur noch schwer möglich sein wird, solche Maßnahmen demnächst bewilligt zu bekommen.

(D)

Das Handwerkerinnenhaus in Köln ist bisher in Nordrhein-Westfalen einzigartig. Für die Zukunft ist es aber wünschenswert und denkbar, daß andere Vereine oder Frauenbetriebe ähnliche Aktivitäten entfalten. Diese wollen wir vom Land unterstützt sehen. Denn Frauen sind in den männerdominierten Handwerksberufen mehrfach benachteiligt. Wir haben es in der letzten Sitzung noch einmal von Herrn Pröbsting, dem Leiter des Landesarbeitsamtes, bestätigt bekommen. Es gibt für diese Nachteile viele Gründe, und es wäre möglich, sie mit diesem Projekt aufzubrechen, einen besseren Anfang zu schaffen und Mädchen zu motivieren, in diese Berufe hineinzugehen, indem sie weibliche Vorbilder finden - ein bei der Berufswahl ganz, ganz wichtiger Punkt.

(Hürten [GRÜNE])

(A)

Das Handwerkerinnenhaus Köln bietet außerdem Kursprogramme in den Bereichen Holz, Glas, Elektro, Kfz- und Motorradreparatur und anderem. Es macht Informationsveranstaltungen für Betriebsinhaber, um für die Einstellung von Mädchen zu sorgen, und übernimmt Aufträge im Innenausbau und Möbelbau für gemeinnützige Einrichtungen. Ich finde, es ist eine rundherum gelungene Angelegenheit, eine Initiative, die Arbeitslosigkeit bekämpft und die Gleichstellung fördert. Es gibt kein stichhaltiges Argument, daß Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, solch ein Handwerkerinnenhaus nicht unterstützen können.

Mit der Unterstützung solcher Basisinitiativen würden auch Probleme vermieden, wie es sie mit anderen Programmen für Mädchen- und Männerberufen gab. Das Programm war von oben erdacht worden, nicht von Frauen in Männerberufen selber. Folge: Die Mittel flossen nicht so ab, wie sie sollten. Bei dem Handwerkerinnenhaus wäre das anders. Die Frauen dort wissen, wovon sie sprechen, sie haben eigene Erfahrungen, sie können Probleme benennen. Hier würden die Mittel effizient eingesetzt.

Ich bitte Sie wirklich: Stimmen Sie unserem Antrag zu. 250 000 DM müßten sich doch im Haushalt für ein so wichtiges Projekt noch lockermachen lassen.

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort der Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Frau Ridder-Melchers.

Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann Ridder-Melchers: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte mich eigentlich auf eine ganz kurze Debatte eingestellt,

(Beifall bei der CDU)

weil ich dachte: Es gibt so viel Einvernehmen. - Ja, Frau van Dinther, Sie klatschen so schön. Hätten Sie doch auch kurz geredet, dann hätte ich es auch kürzer machen können.

Die Vorrednerinnen haben darauf hingewiesen, daß wir im Ausschuß eigentlich sehr viel einvernehmlich

regeln können. Das ist auch gut so. Aber hier im Plenum müssen alle auch frauenpolitisch ein bißchen die Muskeln spielen lassen. Das ist sicherlich auch gut so.

Zum Haushalt der Frauenministerin kann ich nur sagen: Auch wir müssen uns natürlich den finanziellen Rahmenbedingungen anpassen. Unser Gesamthaushalt sinkt etwas. Dabei ist ganz wichtig - das ist übrigens von Ihnen, Frau van Dinther, besonders gelobt worden -, daß wir im Bereich Personal und Verwaltung kürzen, aber im Bereich der aktiven Frauenförderung etwas drauflegen. Da ist nämlich ein dickes Plus, ein Zuwachs von sechs Prozent. Ich denke, das ist der richtige Weg: Sparen da, wo es geht, und woanders drauflegen.

Zu Beginn möchte ich noch eine weitere Anmerkung machen, weil das ganz wichtig ist. Das, was im Haushalt der Frauenministerin steht, ist ja nicht Spiegelbild der Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen. Das ist ein kleiner Ausschnitt der Frauenpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Frau Speth hat schon auf die verschiedenen Bereiche hingewiesen. Ich weise noch einmal auf die Beilage im Haushalt hin. Aber auch das ist nur ein Teilbereich. Frauenpolitik läßt sich in allen anderen Feldern der Landespolitik wirklich nachweisen. Deshalb ist es auch falsch, Frau Hürten, wenn Sie immer behaupten, daß für die Frauen nur 0,03 % ausgegeben würden.

(Abgeordnete Hürten [GRÜNE]: Davon habe ich heute gar nicht gesprochen.)

Das ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der SPD)

Das wissen Sie auch. Verbreiten Sie es deshalb nicht immer.

Lassen Sie mich zum Thema "Querschnitt" noch sagen: Wir streiten ja häufig darüber. Ich denke, das bringt nicht mehr viel Neues. Es macht keinen Sinn, Arbeitsmarktpolitik für Frauen im Frauenministerium

(C)

(D)

(Ministerin Ridder-Melchers)

(A)

zu ressortieren, sondern Arbeitsmarktpolitik muß gebündelt in einem Bereich stattfinden.

(Beifall bei der SPD)

Und Wirtschafts- und Strukturpolitik kann man auch nicht für Frauen separieren. Deshalb ist es richtig, daß unser Wiedereingliederungsprogramm beim MAGS und die Regionalstellen beim Wirtschaftsminister ressortieren. Aber, seien Sie sicher: Wir haben schon unsere Finger überall drin, und wenn uns da irgend etwas ärgert, dann sehen wir schon zu, daß wir Korrekturen anbringen. Das ist für die Arbeit des Frauenministeriums nicht immer ganz einfach; das gebe ich ja zu. Aber in der Sache und für die Frauen ist das wirkungsvoller. Das will ich hier doch einmal sagen.

(Beifall der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Ich bin froh, daß wir trotz dieser schwierigen Zeiten im Frauenhausbereich etwas drauflegen konnten. Das ist ja hier auch von allen gelobt worden. Wenn wir für die Frauenhäuser 10 Millionen DM haben, ist das eine gute Sache. Wir können es im Jahre 1994 hinbekommen, daß wir wirklich flächendeckend in allen Kreisen und kreisfreien Städten je ein vom Land gefördertes Frauenhaus haben. Ich denke, daß das eine gute Grundversorgung ist. Ich erwarte natürlich, daß die Kommunen hier gleichermaßen fördern und den Bestand sichern. Denn das ist dringend erforderlich.

(B)

Ich bin natürlich der SPD-Fraktion besonders dankbar, daß sie in vielen Bereichen noch etwas draufgetan hat,

(Beifall bei der SPD)

über eine Million DM mehr. Das ist ganz, ganz wichtig gewesen, insbesondere die Erhöhung des Ansatzes für die Frauenberatungsstellen. Diese 400 000 DM sind wichtig. Die 1,5 Stellen, die die Frauenberatungsstellen haben, sind ja eine Minimalausstattung.

Wir wissen, daß es angesichts der Kürzungen, die eh schon im Kommunalbereich stattfinden, Kürzungen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und vielem anderen mehr, für die Frauenberatungsstellen wirklich

(C)

häufig existenzsichernd ist, daß dieses Geld dazukam. Dafür bin ich der SPD-Fraktion ganz besonders dankbar, und ich hoffe, daß die anderen Fraktionen hier auch zustimmen werden. Froh bin ich auch über den neuen Ansatz für die Mütterzentren. Ich denke, hier wird wirklich eine gute Arbeit vor Ort geleistet; es wird damit diese Selbsthilfearbeit unterstützt.

Frau van Dinther, ich bin etwas traurig, daß Sie hier Ihre Anträge doch noch einmal inhaltlich begründet haben. Ich denke, es ist schon wenig Geld, was wir in unserem Haushalt für Öffentlichkeitsarbeit und Informationsarbeit haben - das sind nämlich zwei Titel, und ich möchte auch darum bitten, daß wir sie auseinanderhalten: 310 000 DM für Öffentlichkeitsarbeit und 400 000 DM für Informationsmaterial. Sie sagen, andere Häuser haben weniger. Ich will Ihnen etwas sagen, Frau van Dinther: Glaubten Sie denn, daß der Finanzminister gerade dem Frauenministerium einen überdimensionierten Titel für Öffentlichkeitsarbeit geben würde? Sehen Sie einmal in die anderen Haushalte hinein: Die haben natürlich kleinere Titel in verschiedenen Bereichen, und sie haben dann eben einen Öffentlichkeitstitel für Jugendarbeit, für Familienarbeit und für Sonstiges. In der Summe wird das schon stimmen.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Ich denke, es ist im Ansatz keineswegs zuviel.

Dann schauen Sie einmal nach Bonn. Frau Merkel macht jetzt eine einzige Informationskampagne zum Thema Gewalt für 1,5 Millionen DM - nur diese einzige Kampagne. Ich will gar nicht bestreiten, daß das richtig und nötig ist, aber ich glaube, Sie müssen sich an solchen Dingen auch einmal messen lassen.

Zu den Untersuchungen und Modellen: Ich will hier noch einmal darauf hinweisen, daß die Modelle und Untersuchungen, die wir gemacht haben, praxisorientiert und umsetzungsorientiert sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte hier aufzählen, was aus unseren Untersuchungen und Modellen geworden ist: Berufsorientierung für Mädchen - das Material ist in den Schulen -; Soziale Kompetenzen für Jungen und Mädchen

(Ministerin Ridder-Melchers)

(A)

erweitern - auch das Material kommt in die Schulen - und Geschichte auch für Mädchen. Das alles ist in den Schulen. Hier haben Sie ein Modellprojekt angesprochen, was Sie ärgerlich finden. Dieses Modell halte ich für ganz wichtig. Der Bereich der Tagesmütter ist ein schwieriger Bereich. Wir haben dieses Modell dem Jugendamt Duisburg in Trägerschaft überwiesen, in der Hoffnung, daß dabei etwas Vernünftiges herauskommt. Es geht uns darum, Wege zu finden, daß Tagesmütter in solchen Projekten sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Es ist von Anfang an klar, daß es hier nicht um Dauersubventionen des Landes gehen kann, sondern daß hier Wege gesucht werden sollen, wie Jugendämter so etwas organisiert bekommen. Das ist die Zielsetzung, und ich hoffe sehr, daß uns später die Ergebnisse dieses Modellprojektes recht geben.

Auch bei der Selbstverteidigung und Selbstbehauptung geht es doch nicht darum, daß wir das, was in Vereinen läuft, unterbinden wollen - im Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Wir wollen das aufarbeiten, was läuft, zusammen mit dem Kultusminister, und dann Konzeptionen an die Sportvereine, an die Schulen und Jugendverbände geben. Das ist Sinn unserer Arbeit und nichts anderes. Im Gegenteil, wir brauchen ja diese Organisationen vor Ort, die das machen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist hier von einigen Rednern - von Herrn Lanfermann und auch von der Kollegin der CDU, glaube ich - angesprochen worden, was wir denn im Bereich der Schwangerschaftskonflikte machen. Zunächst einmal darf ich darauf hinweisen, daß wir in dem Bereich ja lange und ausführlich in den beteiligten Ausschüssen diskutiert haben. Ich will das hier nicht wiederholen.

Sie wissen, daß der federführende Arbeitsminister in Gesprächen mit den Verbänden ist, die in dem Bereich arbeiten. Diese Gespräche laufen, aber wir können das ja nicht von hinten aufzäumen. Zunächst

(C)

einmal ist doch nötig, daß wir eine gesetzliche Neuregelung auf der Bundesebene bekommen. Dann wissen wir letztendlich, was los ist. Die steht aus. Herr Lanfermann, Sie können ja Ihren Einfluß in Bonn geltend machen, daß die F.D.P. mal wieder den richtigen Kurs einnimmt; dann bekommen wir vielleicht eher eine Neuregelung hin.

(Beifall bei der SPD)

Zunächst einmal brauchen wir die Neuregelung, und dann können wir auch die abschließenden Entscheidungen hier in Nordrhein-Westfalen treffen. Die Gespräche sind lange eingeleitet, die Vorbereitungen laufen.

Was das Problem PRO FAMILIA angeht, so kann ich nur sagen: Ich würde es für schwierig und unverständlich halten, wenn die Kommunen hier aus der Förderung aussteigen würden.

(Beifall bei der SPD - Abgeordnete Hürten [GRÜNE]: Sie tun es doch!)

Da müssen wir uns Wege überlegen, was wir denn tun können. Ich halte das für keine vertretbare Angelegenheit, wenn die Kommunen jetzt glauben, sich da herauszuziehen. Darüber müssen wir dann in Ruhe reden.

(D)

Was die Frage angeht, ob das Land für den Übergang - und zwar nur für die Übergangszeit - einsteigt, um schwangeren Frauen, die im Schwangerschaftskonflikt sind, den Druck zu nehmen, daß sie sich in dieser Situation nicht noch darüber Gedanken machen müssen, wer denn letztendlich den Schwangerschaftsabbruch zahlt. So ist es so, daß wir dafür bedürftige Frauen in einem bestimmten Rahmen als Land auffangen wollen, zunächst einmal für ein halbes Jahr. Die Mittel sind im Nachtragshaushalt in Höhe von 1 Million DM ausgewiesen. Ich hoffe sehr, daß wir dann nach diesem halben Jahr vielleicht doch eine abschließende Bundesregelung haben.

Eine kurze Bemerkung, Frau Hürten, zu Ihrem Projekt "Handwerkerinnenhaus" in Köln. Sie wissen, daß dieses Projekt durchaus vom Land unterstützt wird,

(Beifall bei der SPD)

(Ministerin Ridder-Melchers)

(A)

z. B. aus Mitteln des Arbeitsministeriums; aus Mitteln des Wirtschaftsministeriums wird, wenn der Haushalt so abgeschlossen wird, befristet eine Stelle kommen. Aber ich sage auch ganz deutlich: Ich erwarte natürlich auch, daß gerade so eine Einrichtung auch von denen unterstützt wird, die davon profitieren, nämlich von dem Bereich des Handwerks.

(Beifall bei der SPD)

Die könnten hier auch durchaus mit einsteigen.

Abschließend kann ich nur feststellen, und ich denke, daß ist auch in der Debatte deutlich geworden: Wir sind im Bereich der Frauenpolitik schon viele Schritte nach vorn gekommen. Daß das nicht ein Erfolg eines Ministeriums allein ist, sondern daß es Erfolg vieler ist, hat auch Frau Speth hier vorgetragen, und ich kann das von mir aus nur unterstreichen. Sogar Herr Lanfermann hat festgestellt, daß die Autonomen und die Linken das schon ganz gut finden, was wir machen. Ich kann Sie nur ergänzen, Herr Lanfermann: Wenn Sie wüßten, mit wie vielen wir im Gespräch sind - ob das Frauen in der Kirche sind, Frauen in den Gewerkschaften und sogar die Frauen des Handwerks und Unternehmerinnen; Sie wissen gar nicht, was sich da alles an Netzwerken spinnt -!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Sie werden da noch die frohe oder unfrohe Überraschung irgendwann erleben.

Ich darf mich herzlich für die Beratungen bedanken und hoffe, daß wir weiter vorankommen und im Ausschuß mit der gleichen Solidarität weiterarbeiten können wie bisher. Ich glaube, das wird den Frauen in Nordrhein-Westfalen zugute kommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sind hier nicht angekündigt. Ich schließe hiermit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung: Zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE

(C)

GRÜNEN Drucksache 11/6452. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Schadel)

Wir stimmen über die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6411 ab. Wer dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Beschlußempfehlung entsprechend der Haushalt des Einzelplans 11 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe Nummer 6 auf:

Einzelplan 06: Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/6406 und den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/6453. Ich eröffne hiermit die Beratung und erteile Herrn Kollegen Prof. Dr. Posdorf für die Fraktion der CDU das Wort.

(D)

Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen alle, Haushalt - bei jedem Einzelplan und insgesamt - bedeutet in Zahlen realisierte oder in Zahlen gegossene Politik. Wir wissen auch alle, daß wir vor finanzpolitisch schwierigen Zeiten stehen oder sogar mittendrin sind.

(Abgeordneter Grevenor [SPD]: Alles nichts Neues!)

Jedoch darf auch diese Tatsache uns nicht daran hindern, einen Haushalt daran zu messen, was von der Politik gefordert, von der Politik als gewollt formuliert, von der Politik immer wieder propagiert und dann - hier ist die Landesregierung angesprochen - in der finanzpolitischen Wirklichkeit realisiert wird.